## **MATTHIAS ZIEGLER**

# Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten und Beschlüssen

Beiträge zum Verwaltungsrecht
43

**Mohr Siebeck** 

## Beiträge zum Verwaltungsrecht

herausgegeben von Wolfgang Kahl, Jens-Peter Schneider und Ferdinand Wollenschläger

43



## Matthias Ziegler

## Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten und Beschlüssen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum deutschen und europäischen Verwaltungsrecht

Mohr Siebeck

Matthias Ziegler, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Heidelberg; 2017 Erstes juristisches Staatsexamen; Rechtsreferendariat im Bezirk des OLG Karlsruhe; 2022 Zweites juristisches Staatsexamen; 2024 Promotion; Rechtsanwalt in Berlin.

orcid.org/0009-0004-4119-9105

Zugl.: Heidelberg, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Juristische Fakultät, Dissertation 2024.

ISBN 978-3-16-164532-7 / eISBN 978-3-16-164533-4 DOI 10.1628/978-3-16-164533-4

ISSN 2509-9272 / eISSN 2569-3859 (Beiträge zum Verwaltungsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über https://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Mohr Siebeck, Tübingen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

#### **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde im Januar 2025 abgeschlossen, Rechtsprechung und Literatur konnten bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kahl, für die wissenschaftliche und persönliche Betreuung, die für die Entwicklung und den Abschluss der Arbeit von herausgehobener Bedeutung war. Herrn Privatdozenten Dr. Thorsten Helm danke ich herzlich für die rasche Anfertigung des Zweitgutachtens und weiterführende Hinweise. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Eberhard Schmidt-Aßmann gilt mein Dank für die Mitwirkung als Vorsitzender der Disputation und für wertvolle Anregungen in diesem Rahmen.

Die Arbeit ist entstanden mit Hilfe der großzügigen ideellen und finanziellen Förderung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, der ich hierfür zu großem Dank verpflichtet bin. Besonderer Dank gebührt ferner meinem Freund und Kollegen Stefan Heinelt für die wertvollen Korrekturanmerkungen. Ich widme die Arbeit meinen Eltern, ohne deren großzügige Unterstützung in allen Lebenslagen die Fertigstellung nicht möglich gewesen wäre.

Berlin, im Januar 2025

Matthias Ziegler

## Inhaltsübersicht

Voi	rwort	V
Inh	naltsverzeichnis	XI
Ab	kürzungen	XXV
Ein	lleitung	1
Α.	Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht	1
В.	Die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im europäischen Verwaltungsrecht	4
<i>C</i> .	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen im europäischen Verwaltungsrecht	5
D.	Rechtsvergleichendes Untersuchungsziel	6
E.	Gang der Untersuchung	6
1. Т	Teil: Begriffsbestimmungen	9
	pitel 1: Tatbestandswirkung im utschen Verwaltungsrecht	11
А.	Die Wirksamkeit von Verwaltungsakten	11
В.	Materielle Rechtskraft	13
C.	Die Bestandskraft von Verwaltungsakten	17
D.	Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	19
E.	Abgrenzung von der Feststellungswirkung	23
F.	Eigene Position	31
G.	Zusammenfassung	36

VIII Inhaltsübersicht

	pitel 2: Tatbestandswirkung im ropäischen Verwaltungsrecht	37
A.	Die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	37
В.	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen der Unionsorgane	44
	Teil: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im atschen Verwaltungsrecht	47
Ka	pitel 3: Grundlagen	49
A.	Verbindlichkeit und Tatbestandswirkung – Fundierung	49
В.	Gegenläufige Prinzipien	65
<i>C</i> .	Inhalt und Umfang der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	68
D.	Zusammenfassung	77
	pitel 4: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten genüber ressortfremden Behörden	79
A.	Gestufte Verwaltungsverfahren	79
В.	Konkurrenz paralleler Genehmigungen	80
<i>C</i> .	Legalisierungswirkung von Genehmigungen im Gefahrenabwehrrecht	83
D.	Bindung an Ablehnungsbescheide	95
E.	Zusammenfassung	97
	pitel 5: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten genüber nationalen Gerichten	99
A.	Verwaltungsgerichte	99
В.	Zivilgerichte	102
<i>C</i> .	Strafgerichte	121
D.	Zusammenfassung	161
	Feil: Die transnationale Tatbestandswirkung	167

	Inhaltsübersicht	IX
Kaj	pitel 6: Grundlagen	165
A.	Transnationale Tatbestandswirkung – Fundierung	165
<i>B</i> .	Gegenläufige Prinzipien	171
<i>C</i> .	Inhalt und Umfang	173
D.	Zusammenfassung	185
Kaj	pitel 7: Referenzgebiete	187
<i>A</i> .	Gegenseitige Anerkennung im Binnenmarkt	187
<i>B</i> .	Sonstige Fälle	210
<i>C</i> .	Zusammenfassung	213
	eil: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen nach Art. 288 s. 4 AEUV im europäischen Verwaltungsrecht	217
Kaj	pitel 8: Grundlagen	219
A.	Der adressatenbezogene, individualgerichtete Beschluss	219
<i>B</i> .	Die Verbindlichkeit und Bestandskraft von Beschlüssen	220
<i>C</i> .	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen	223
D.	Zusammenfassung	228
Kaj	pitel 9: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen gegenüber	
and	leren Exekutivorganen	229
A.	Nationale Behörden	229
В.	Verwaltungsorgane auf Unionsebene	235
<i>C</i> .	Zusammenfassung	237
	pitel 10: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen gegenüber ionalen Gerichten und den Unionsgerichten	239
A.	Nationale Gerichte	239
В.	Unionsgerichte	245
<i>C</i> .	Zusammenfassung	248

	nluss: Vergleich der Tatbestandswirkung im deutschen und opäischen Verwaltungsrecht	251
A.	Voraussetzungen	251
В.	Rechtsfolgen	255
<i>C</i> .	Begründung	256
D.	Gegenläufige Prinzipien	259
E.	Zusammenfassung	260
Lit	eraturverzeichnis	263
Re	gister	279

## Inhaltsverzeichnis

Voi	rwort	V
Inh	altsübersicht	VII
Ab	kürzungen	XXV
Ein	lleitung	1
А. І. ІІ.	Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht Untersuchungsgegenstand Forschungsbedarf und Untersuchungsziel	1 1 3
В. І. ІІ.	Die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im europäischen Verwaltungsrecht	4 4 5
C. I. II.	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen im europäischen Verwaltungsrecht	5 5 6
D.	Rechtsvergleichendes Untersuchungsziel	6
E.	Gang der Untersuchung	6
1.7	Teil: Begriffsbestimmungen	9
	pitel 1: Tatbestandswirkung im utschen Verwaltungsrecht	11
A. I. II. III.	Die Wirksamkeit von Verwaltungsakten  Äußere Wirksamkeit  Innere Wirksamkeit  Verbindlichkeit	11 11 11 12
В.	Materielle Rechtskraft	13

I.	Materielle Rechtskraft gerichtlicher Urteile im Prozessrecht  1. Wiederholungsverbot hinsichtlich desselben Streitgegenstandes  2. Widerspruchsverbot bei Präjudizialität	13 13 13
II. III.	Übertragbarkeit auf Verwaltungsakte  Ergebnis	14 16
C. I. II.	Die Bestandskraft von Verwaltungsakten  Formelle Bestandskraft  Materielle Bestandskraft	17 17 17
D. I. II.	Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten Tatbestandswirkung im engeren Sinne Tatbestandswirkung im weiteren Sinne 1. Definition und Terminologie 2. Dogmatische Verortung	19 19 20 20 22
E. I. II.	Abgrenzung von der Feststellungswirkung	23 23
	eines Verwaltungsaktes	24
	insbesondere Genehmigungen	25 26
	des Verwaltungsaktes	<ul><li>26</li><li>26</li></ul>
III.	b) Zweckmäßigkeit der Abgrenzung	28
IV.	Tatbestandswirkung Ergebnis	29 30
<i>F</i> . I.	Eigene Position	31
II. III. IV.	"Präjudizwirkung" "Verbindlichkeit", "Maßgeblichkeit", "Beachtlichkeit" "Tatbestandswirkung im engeren Sinne" "Tatbestandswirkung im weiteren Sinne"	31 32 33 35
G.	Zusammenfassung	36
	pitel 2: Tatbestandswirkung im opäischen Verwaltungsrecht	37
А. I.	Die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten Isolierter Einzelvollzug, Transnationalität	37
	und Referenzentscheidungsmodell	37

	Inhaltsverzeichnis	XIII
II.	Die transnationale Tatbestandswirkung	38 38
	2. Unterschiede in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	39
	3. Transnationaler Verwaltungsakt im weiteren Sinne	42
	4. Begriff der transnationalen Tatbestandswirkung	43
В.	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen der Unionsorgane	44
Ι.	Beschlüsse als Handlungsform des Eigenverwaltungsrechts der EU	44
II.	Verbindlichkeit, Bestandskraft und Tatbestandswirkung	44
	1. Die Verbindlichkeit von Beschlüssen der Unionsorgane	44
	2. Die Bestandskraft von Beschlüssen der Unionsorgane	46
	3. Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen der Unionsorgane	46
2. 7	Teil: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im	
deı	utschen Verwaltungsrecht	47
Ka	pitel 3: Grundlagen	49
A.	Verbindlichkeit und Tatbestandswirkung – Fundierung	49
I.	Rechtliche Begründung der Verbindlichkeit von Verwaltungsakten	49
	1. Staatsautorität oder die Vermutung der Gültigkeit	
	von Staatsakten	49
	2. Rechtliche Geltungsanordnung	51
	3. Rechtssicherheit als Verfassungsprinzip	51
	a) Erkennbarkeit des Rechts durch Bekanntgabe	
	eines Verwaltungsaktes	52
	b) Beständigkeit des Rechts durch Gültigkeit eines	
	wirksamen Verwaltungsaktes	52
	c) Beständigkeit des Rechts durch formelle Bestandskraft	
	des Verwaltungsaktes	54
	4. Ergebnis	55
II.	Rechtliche Begründung der Tatbestandswirkung	
	von Verwaltungsakten	55
	1. Ausgangspunkt: Verwaltungsakt als Rechtsquelle aufgrund	
	gesetzlicher Geltungsanordnung	55
	2. Rechtssicherheit: Beständigkeit des Rechts durch die	
	Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	56
	3. Einheit bzw. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und	
	staatlicher Entscheidungen	57
	a) Einheit bzw. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	57
	als Postulat	57 57
	<ul><li>b) Einheit der Rechtsordnung</li><li>c) Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und</li></ul>	3/
	staatlicher Entscheidungen	58
	staathener Entscheidungen	20

		b) Widerspruchsfreiheit von Einzelfallentscheidungen
	d	, 8
	4. R	Rechtsstaatliche Kompetenzordnung
	a	,
		durch Verwaltungsakte
	b	Einheit der Verwaltung
	c	) Grundsatz der Gewaltenteilung
В.	Geg	enläufige Prinzipien
I.		erielle Gerechtigkeit
II.	Gar	antie effektiven Rechtsschutzes
III.	Rec	htsprechungsmonopol der Gerichte und
		terliche Unabhängigkeit
		Rechtsprechungsmonopol der Gerichte
		Richterliche Unabhängigkeit
C.		ult und Umfang der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten
I.		aussetzungen der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten
		Zeitlicher Beginn
	a a	
	b	
	c	, , , ,
		Reichweite
	z. K	
	a b	
	а	a) Kongruenz von Regelungsgehalt und objektiver Reichweite der Tatbestandswirkung
	1 <sub>n</sub>	
	D	b) Bestimmung des Regelungsgehalts des Verwaltungsaktes
		durch Auslegung
		(1) Formale Abgrenzung zwischen Entscheidung
		und Begründung
		(2) Antrag und Antragsbegründung
		(3) Gesetzliche Rechtsgrundlage
	c	, E
		Entscheidungserheblichkeit des Verwaltungsaktes
	a	, , ,
		Verwaltungsaktes in einer Rechtsnorm
	b	, ,
		seiner Entscheidungserheblichkeit
		Ergebnis
II.	Rec	htsfolgen
	1. K	Kein Fall der Vorfragenkompetenz
	2 (	Grundsatz: Keine Aussetzung des Verfahrens

	Inhaltsverzeichnis	XV
	3. Ergebnis	77
D.	Zusammenfassung	77
	pitel 4: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten enüber ressortfremden Behörden	79
A.	Gestufte Verwaltungsverfahren	79
<i>B</i> .	Konkurrenz paralleler Genehmigungen	80
<i>C</i> .	Legalisierungswirkung von Genehmigungen im Gefahrenabwehrrecht	83
I. II.	Begriff	83 84
	<ol> <li>Auslegung des Regelungsgehalts der Genehmigung</li> <li>Rechtswidrige Genehmigungen</li> </ol>	84 85
	3. Beschränkung auf erkennbare Gefahrenlagen	86
	4. Ausschluss der Legalisierungswirkung	88
	a) Unmittelbar drohende Gefahr	88
	b) Gemeinwohlwidrige Gefahren	88 90
	c) Latente Gefahr im Bergrecht	90
	6. Zwischenergebnis	91
Ш	Dogmatische Begründung der Legalisierungswirkung	92
111.	Rechtsausübung in sozialüblicher Weise	92
	2. Vertrauensschutz	93
	3. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	93
	4. Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	94
	5. Zwischenergebnis	94
IV.	Ergebnis	94
D.	Bindung an Ablehnungsbescheide	95
<i>E</i> .	Zusammenfassung	97
	pitel 5: Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten enüber nationalen Gerichten	99
A. I.	Verwaltungsgerichte  Verwaltungsakt als Rechtsgrund für die Erbringung	99
II.	von Leistungen	99 100
III.	Normenkontrollverfahren; Anspruch auf baupolizeiliches Einschreiten	100

٧.	Erge	bnis
3.	Zivii	gerichte
		atrechtsbindende Wirkung eines Verwaltungsaktes
		llgemeines
		egründung, Änderung und Beendigung von Rechtspositionen
	a	
	a	a) Verleihung und Sicherstellung von Rechtspositionen durch
		Verwaltungsakte als sonstige Rechte im Sinne von § 823
		Abs. 1 BGB
	b	b) Verwaltungsakte und Schadensersatzansprüche nach § 823
		Abs. 2 BGB
	C	c) Vorgreiflichkeit öffentlich-rechtlicher Fragen
	b	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
	a	a) Genehmigungsbedürftige Rechtsgeschäfte
		b) Eigentumsübertragung
		durch Rückübertragungsbescheide
	3. A	usschluss privatrechtlicher Ansprüche
		urch Anlagengenehmigungen
	a	
	a	a) Gesetzliche Regelungen
		b) Rechtliche Begründung
		Ausschlusswirkung ohne gesetzliche Anordnung
	4. R	echtfertigende Wirkung öffentlich-
		echtlicher Genehmigungen
	a	
	b	
		Anwendungsbereich gesetzlich
		angeordneter Ausschlusswirkungen
	c	
	5. A	usschluss wettbewerbsrechtlicher und markenrechtlicher
	U	Interlassungsansprüche durch öffentlich-
	re	echtliche Genehmigungen
	a	Ausschluss eines
		wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs
	b	
		markenrechtlichen Unterlassungsanspruchs
	6. B	indung der Zivilgerichte an kartellbehördliche Verfügungen
	a	
		kartellbehördliche Verfügung
	b	
		Ogmatische Begründung der privatrechtsbindenden Wirkung
		on Verwaltungsakten

			Inhaltsverzeichnis	XVII
	8.	Geg	gengrund: Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	112
II.	Biı	ıdur	ng der Zivilgerichte im Staatshaftungsrecht	113
	1.	Am	tshaftungsprozess	113
		a)	Rechtsprechung des BGH	113
			Keine Bindung an bestandskräftige Verwaltungsakte Bindung an rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Urteile	113
			über die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes	113
		b) aa)	Stellungnahme	114
			des Verwaltungsaktes	114
			Keine "gestufte Bestandskraft" von Verwaltungsakten	115
			Kein absoluter Vorrang des Primärrechtsschutzes	116
		c)	Zwischenergebnis	117
			schädigung für enteignungsgleichen Eingriff, enteignenden	
			griff und Enteignung	118
		a)	Rechtsprechung des BGH	118
		aa)	Bindung nur an Planfeststellungsbeschlüsse mit Blick auf	
			Ansprüche aus enteignendem Eingriff	118
		bb)	Bindung an rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Urteile	
			über die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes	119
		b)	Kritik und Stellungnahme	119
		aa)	Entschädigungsanspruch aufgrund (rechtswidrigen)	
			enteignungsgleichen Eingriffs	119
		bb)	Entschädigungsanspruch aufgrund (rechtmäßigen)	
			enteignenden Eingriffs und "echter"	
			Enteignungsentschädigungsanspruch	120
			schenergebnis	120
III.	Er	gebr	nis	121
C.	Sti	afor	erichte	121
I.			neines	121
II.			ewehrte Verwaltungsakte	123
			htliche Anforderungen an den	
			fbewehrten Verwaltungsakt	124
		a)	BGH: Wirksamkeit und sofortige Vollziehbarkeit des	
		,	Verwaltungsaktes als notwendige und hinreichende	
			Voraussetzung für die Strafbarkeit	124
		aa)	Ausdrückliche Strafbewehrung eines Verwaltungsaktes	124
		,	Sonstige Fälle	125
		b)	Abweichende Auffassung: Rechtmäßigkeit des	123
		-,	Verwaltungsaktes als zusätzliche Strafvoraussetzung	126
		c)	Kritik und Stellungnahme	126
			Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	0
			und Befolgungspflicht	126

		bb)	Wille des Gesetzgebers	128
			Formelle Wirksamkeit rechtswidriger strafbewehrter	
			Verwaltungsakte und materieller Rechtsgüterschutz	129
		dd)	Rechtsprechungsmonopol und die Unabhängigkeit	
		ĺ	des Strafrichters	131
		ee)	Grundsatz der Gewaltenteilung	131
		ff)	Verstoß gegen das Gesetzlichkeitsprinzip nach Art. 103 Abs. 2	
			GG	132
		gg)	Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	133
		hh)	Verstoß gegen Grundrechte	134
		ii)	Zwischenergebnis	136
		d)	Auswirkungen der konkreten Ausgestaltung des	
			gesetzlichen Straftatbestandes	136
		aa)	Vollziehbarer oder unanfechtbarer Verwaltungsakt	
			als Tatbestandsmerkmal	136
		bb)	Verwaltungsakt als Anwendungsfall	
			eines Tatbestandsmerkmals	138
		e)	Ergebnis	139
	2.		swirkungen verwaltungsrechtlicher Rechtsbehelfe auf	
	die Strafbarkeit			
		a)	Rechtsprechung des BGH	139
		b)	Gegenauffassung	140
		c)	Stellungnahme	140
		aa)	E 1	140
			Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	141
		d)	Ergebnis	141
	3.		htsfolgen der Tatbestandswirkung strafbewehrter	
			waltungsakte im Strafverfahren	141
		a)	Wirkungen während des Strafverfahrens	142
		b)	Wirkungen nach rechtskräftigem Abschluss	
			des Strafverfahrens	143
			ebnis	143
III.			arkeitsausschließende Verwaltungsakte	143
	1.		bestandsausschließende und	
			atfertigende Genehmigungen	144
	2.		ßgeblichkeit der verwaltungsrechtlichen Wirksamkeit	
			r Rechtmäßigkeit	146
		a)	Verwaltungsaktsakzessorietät	146
			b) Keine strafbarkeitsausschließende Wirkung	
			rechtswidriger Genehmigungen	146
			c) Stellungnahme	147
			aa) Formelle Wirksamkeit von Genehmigungen und	4
			materieller Rechtsgüterschutz	147

		Inhaltsverzeichnis	XIX
		bb) Auslegung der gesetzlichen Straftatbestände	148
		im Straftatbestand	148
		(2) Keine ausdrückliche Nennung der Genehmigung	
		im Straftatbestand	149
		cc) Aufhebbarkeit rechtswidriger Genehmigungen	150
		dd) Widerspruchsfreiheit	
		staatlicher Einzelfallentscheidungen	150
		ee) Staatliche Kompetenzordnung	151
		ff) Rechtsprechungsmonopol und richterliche	
		Unabhängigkeit, Art. 92, 97 GG	152
		d) Ergebnis	153
	3.	Korrektur der Verwaltungsaktsakzessorietät durch	
		die Rechtsmissbrauchslehre	153
		a) Eingeschränkte Verwaltungsaktsakzessorietät	153
		b) Strenge Verwaltungsaktsakzessorietät	154
		c) Stellungnahme	154
		aa) Formelle Wirksamkeit und	
		materieller Rechtsgüterschutz	154
		bb) Auslegung der gesetzlichen Straftatbestände	
		und Rechtsmissbrauchsklauseln	155
		(1) Ausdrückliche Nennung der Genehmigung	
		im Straftatbestand	155
		(2) Keine ausdrückliche Nennung der Genehmigung	
		im Straftatbestand	156
		cc) Vertrauensgrundsatz und Widerspruchsfreiheit	
		staatlicher Entscheidungen	156
		d) Ergebnis	157
	4.	Auswirkungen der nachträglichen Genehmigung und der	
		nachträglichen Aufhebung einer Genehmigung auf	
		die Strafbarkeit	157
		a) Nachträgliche Genehmigung eines ursprünglich	4.50
		ungenehmigten Verhaltens	158
		b) Nachträgliche Aufhebung einer ursprünglich	1.50
		wirksamen Genehmigung	159
	_	c) Ergebnis	159
	5.	Reichweite der strafbarkeitsausschließenden Wirkung	1.00
	,	von Genehmigungen	160
117		Ergebnis	160
IV.	Eı	rgebnis	161
D.	$Z^{i}$	usammenfassung	161

D.

		e transnationale Tatbestandswirkung altungsakten	163
Ka	pitel 6:	Grundlagen	165
A.	Transn	nationale Tatbestandswirkung – Fundierung	165
I.		dlichkeit	165
II.		nationale Tatbestandswirkung	165
	1. Gru	undsatz der loyalen Zusammenarbeit und	
	eur	opäischer Verwaltungsverbund	166
		undsatz gegenseitiger Anerkennung	
	von	Verwaltungsentscheidungen	166
	a)	Gegenstände gegenseitiger Anerkennung	166
	b)	Binnenmarkt und Grundfreiheiten	167
	c)	Sekundärrechtliche Anerkennungspflichten	169
	d)	Komplementärfunktion zur Vollharmonisierung	169
	e)	Widerspruchsfreiheit	
		mitgliedstaatlicher Einzelfallentscheidungen	170
		ionale Kompetenzordnung und	170
	inte	ernationale Zuständigkeit	170
В.	Gegen	läufige Prinzipien	171
I.	Völkei	rrechtliches Territorialitätsprinzip	171
II.		fertigungsgründe für die Nichtanerkennung	
		erwaltungsakten	172
III.	Effekt	iver Rechtsschutz	172
C.	Inhalt	und Umfang	173
I.		ssetzungen	173
		scheidungserheblichkeit des Rechtsfolgenausspruchs	173
		sgestaltung der Scharniernorm	173
	a)	Transnationalitätsmodell	173
	b)	Referenzentscheidungsmodell	175
	3. Ein	schränkungen	175
	a)	Schutzklauseln	175
	b)	Offensichtliche Unionsrechtswidrigkeit oder	
		internationale Unzuständigkeit	176
	c)	Erschütterung gegenseitigen Vertrauens	176
		Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens	176
	bb)	Verknüpfung mit dem Grundsatz	
		gegenseitiger Anerkennung	178
	cc)		. –
	•	von Verwaltungsentscheidungen?	179
	4)	Rachtemiechrauch des Erlaubnieinhabers	1 2 1

	Inhaltsverzeichnis	XXI
II.	Rechtsfolgen  1. Eingeschränkter Prüfungsmaßstab  2. Entscheidungskompetenz	184 184 184
D.	Zusammenfassung	185
Ka	pitel 7: Referenzgebiete	187
A.	Gegenseitige Anerkennung im Binnenmarkt	187
Ι.	Transnationalitätsmodell	187
	1. Außenwirtschafts- und Zollrecht	187
	a) Ausfuhr von Kulturgütern	187
	b) Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck	187
	c) Zollrecht	189
	2. Dienstleistungen	189
	a) Flugsicherungsdienste	189
	b) Zahlungsdienste	190
	c) Versicherungen	190
	3. Produktzulassungsrecht	191
	a) Genetisch veränderte Organismen	191
	aa) Unionsweite Verwendungsmöglichkeit nach schriftlicher	
	Zustimmung des Herkunftsstaats	191
	bb) Schutzklausel	192
	b) Kfz-Zulassungsbescheinigung	192
	4. Freizügigkeit von Unionsbürgern	193
	a) Diplome	193
	b) Führerscheine	194
	aa) Grundsatz gegenseitiger Anerkennung	194
	bb) Einschränkungen	196
	(1) Einschränkung, Aussetzung, Entzug oder Aufhebung in	
	einem Mitgliedstaat	196
	(2) Unbestreitbare Informationen aus	
	dem Ausstellungsmitgliedstaat	197
	(3) Rechtsmissbrauch als Hilfsargument	198
	cc) Gegenstand der Anerkennung	199
	dd) Zusammenfassung	200
	5. Freizügigkeit von Drittstaatsangehörigen	201
	a) Familienangehörige eines Unionsbürgers	201
	b) Sonstige Drittstaatsangehörige	202
II.	Referenzentscheidungsmodell	202
	1. Arzneimittel	203
	a) Grundsätzliche Anerkennungspflicht	203
	b) Schutzklausel	204
	aa) Humanarzneimittel: öffentliche Gesundheit	204

	die Umwelt	204
	cc) Divergenzbereinigungsverfahren	20:
	c) Erschütterung gegenseitigen Vertrauens	20:
	2. Pflanzenschutzmittel	20
	a) Grundsätzliche Anerkennungspflicht	20
	b) Schutzklausel und Verfahren	20
	c) Erschütterung gegenseitigen Vertrauens	20
	3. Biozidprodukte	20
	a) Grundsätzliche Anerkennungspflicht	20
	b) Schutzklausel	20
В.	Sonstige Fälle	21
I.	Staatsangehörigkeit als Grundlage für die Ausübung	
	der Grundfreiheiten	21
II.	Bußgeldbescheide	21
III.		21
	<ol> <li>Daueraufenthaltstitel</li> <li>De lege ferenda: Asylbescheide</li> </ol>	21 21
		21
<i>C</i> .	Zusammenfassung	21
	Teil: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen nach Art. 288	
Ab	s. 4 AEUV im europäischen Verwaltungsrecht	21
Ka	pitel 8: Grundlagen	21
Α.	Der adressatenbezogene, individualgerichtete Beschluss	219
Α.		
<i>B</i> . I.	Die Verbindlichkeit und Bestandskraft von Beschlüssen	22
	rechtswidriger Beschlüsse	22
II.	Rechtliche Begründung der Verbindlichkeit von Beschlüssen	22
0		22
<i>C</i> . I.	Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen	22
1.	und Gerichte	22
	Folgepflicht für alle Rechtssubjekte, Verwerfungsmonopol	22
	des EuGH	22
	Verbindlichkeit für nationale Behörden und Gerichte als	22
	Adressaten des Beschlusses	22
	3. Verbindlichkeit für nationale Behörden und Gerichte	
	als Nichtadressaten	22
II.	Verbindlichkeit von Beschlüssen für Verwaltungsstellen und Gerichte	
	auf Unionsahana	22

	Inhaltsverzeichnis	XXIII
III.	Rechtliche Begründung der Tatbestandswirkung von Beschlüssen  1. Vorrang des Unionsrechts	. 225 . 225
	widersprechender Entscheidungen	. 226
	3. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	. 226
IV.	Gegengrund: Effektiver Rechtsschutz	. 227
D.	Zusammenfassung	. 228
	pitel 9: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen gegenüber leren Exekutivorganen	. 229
A.	Nationale Behörden	
I.	Beihilfenrecht	
II.	Kartellrecht	
III.	Produktzulassungsrecht	
	1. Arzneimittelrecht	
	<ol> <li>Gentechnisch veränderte Lebensmittel</li> <li>Chemische Stoffe</li> </ol>	
IV	Zwischenergebnis	
	-	
<i>В</i> . І. ІІ.	Verwaltungsorgane auf Unionsebene  Zuständigkeitsverteilung zwischen Kommission und Rat  Keine Entscheidungsbefugnis des Rates nach endgültigem Beschluss	. 235
	der Kommission	. 236
<i>C</i> .	Zusammenfassung	. 237
Ka	pitel 10: Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen gegenüber	ſ
nat	ionalen Gerichten und den Unionsgerichten	. 239
A.	Nationale Gerichte	. 239
I.	Allgemeines	
II.	Beschlüsse der Kommission im Kartellrecht	. 240
	nationalen Gerichten	. 240
	2. Handlungsbefugnisse der nationalen Gerichte nach einem	
	Beschluss der Kommission	
	3. Grundsatz effektiven Rechtsschutzes	
III.	4. Ergebnis	
В. І.	Unionsgerichte	
I. II.	Überprüfung der Rechtmäßigkeit bestandskräftiger Beschlüsse im	. 243
	Rahmen von Schadensersatzklagen nach Art. 340 Abs. 2 AEUV	. 246

III.	Verhaltnis der Schadensersatzklage zur Nichtigkeitsklage und anderen Klagearten      Gegenstand der Bestandskraft eines Beschlusses      Zwischenergebnis  Ergebnis
C.	Zusammenfassung
	lluss: Vergleich der Tatbestandswirkung im deutschen und opäischen Verwaltungsrecht
A. I. II. IIV.	E
В. І. ІІ.	Rechtsfolgen          Eingeschränkter Prüfungsmaßstab          Entscheidungsbefugnisse
C. I. II.	Begründung
III.	divergierender Entscheidungen
<i>D</i> . I. II.	Gegenläufige Prinzipien  Effektiver Rechtsschutz  Grundrechte und sonstige Rechte
E.	Zusammenfassung
Lite	eraturverzeichnis
Reg	gister

## Abkürzungen

Für im Rahmen dieser Arbeit verwendete Abkürzungen wird verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 11., neu bearbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 2024.

### Einleitung

## A. Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht

Verwaltungsakte sind hoheitliche Maßnahmen einer Behörde zur Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts mit unmittelbarer Rechtswirkung nach außen (§ 35 Satz 1 VwVfG). Als solche sind sie auch in der heutigen modernen Verwaltung noch ein effektives Handlungsinstrument¹ und die praktisch bedeutsamste Handlungsform der öffentlichen Verwaltung.² Die genannte Definition des Verwaltungsaktes geht im Wesentlichen auf die Aussage *Otto Mayers* in seinem Lehrbuch "Deutsches Verwaltungsrecht" von 1895 zurück: "Der Verwaltungsakt ist ein der Verwaltung zugehöriger obrigkeitlicher Ausspruch, der dem Unterthanen gegenüber im Einzelfall bestimmt, was für ihn Rechtens sein soll. "3 Seither steht die Handlungsform des Verwaltungsaktes im Zentrum des Systems des rechtsstaatlichen Verwaltungsrechts.4

#### I. Untersuchungsgegenstand

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich nicht mit dem Begriff des Verwaltungsaktes als solchem, sondern mit einem konkreten Ausschnitt seiner rechtlichen Wirkungen, die an das Definitionsmerkmal "Regelung" (§ 35 Satz 1 VwVfG) oder "Ausspruch, der dem Unterthanen gegenüber [...] bestimmt, was für ihn Rechtens sein soll" (Otto Mayer) anknüpfen. Es geht demnach nicht um den "Tatbestand" des Verwaltungsaktes im Sinne seiner gesetzlichen Definitionsmerkmale, sondern um die von ihm ausgehenden Rechtsfolgen. Der Begriff des Verwaltungsaktes wird dabei nicht diskutiert, sondern vorausgesetzt.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Maurer/Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, §9 Rn. 41; Kahl, JURA 2001, 505.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Stelkens, in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, § 35 Rn. 3; Schoch, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, Innovation und Flexibilität des Verwaltungshandelns, S. 199 (206); Schroeder, DÖV 2009, 217 (217).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> O. Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, I, S. 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> von Danwitz, Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration, 1996, S. 31 ff.; allgemein zur rechtsstaatlichen Funktion der Handlungsformen ebd., S. 67 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Zur Unterscheidung zwischen Tatbestand und Rechtsfolgen des Verwaltungsaktes *Hoffmann-Becking*, DÖV 1972, 196 (198).

2 Einleitung

Der Verwaltungsakt ist mit seiner Bekanntgabe wirksam und bleibt dies, solange und soweit er nicht zurückgenommen, widerrufen, anderweitig aufgehoben oder durch Zeitablauf oder auf andere Weise erledigt ist (§43 Abs. 1 und 2 VwVfG). Er entfaltet Rechtswirkungen zunächst gegenüber den Beteiligten i. S. d. §13 Abs. 1 VwVfG, d. h. der erlassenden Behörde, dem Adressaten und ggf. Drittbetroffenen. Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich darüber hinausgehend mit der Frage, inwieweit sonstige Behörden, d. h. andere Behörden als die erlassende Behörde, und Gerichte an die in einem Verwaltungsakt getroffene Regelung gebunden sind bzw. ob und ggf. inwieweit diese rechtsanwendenden Stellen im Gegenteil eine Beurteilungskompetenz, insbesondere hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes, für sich beanspruchen können.<sup>6</sup> Diesem sachlichen Untersuchungsgegenstand soll der Begriff der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten zugrunde gelegt werden. <sup>7</sup> Sie besagt, dass ein rechtswirksamer Verwaltungsakt grundsätzlich von allen staatlichen Rechtsanwendungsinstanzen zu beachten und als gegebener Tatbestand ohne Überprüfung seiner Rechtmäßigkeit weiteren Entscheidungen zugrunde zu legen ist.8 "Tatbestand" meint in diesem Zusammenhang, dass der Verwaltungsakt von den Behörden und Gerichten in Folgeverfahren wie ein gesetzliches Tatbestandsmerkmal auszulegen und anzuwenden ist.9

Demgegenüber werden Fälle der Tatbestandswirkung gerichtlicher Anordnungen nicht untersucht. <sup>10</sup> Aus Platzgründen entfällt ebenfalls die Untersuchung

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Knöpfle, BayVBl. 1982, 225 (228 Fn. 39) sieht daher die Befugnis zur Inzidentprüfung als Gegenstück der Maßgeblichkeit eines Verwaltungsaktes für andere Behörden und Gerichte an

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Zur terminologischen Einordnung siehe unten Kapitel 1, D. II. und F. IV.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> BVerwG, Urt. v. 28.11.1986 – 8 C 122 – 125/84 – NVwZ 1987, 496; Urt. v. 24.10.2001 – 8 C 32/00 – VIZ 2002, 352 (354); Urt. v. 30.1.2003 – 4 CN 14/01 – BVerwGE 117, 351 (354 f.); Beschl. v. 25.6.2007 – 4 BN 17/07 – ZfBR 2007, 683; Urt. v. 21.4.2009 – 4 C 3/08 – BVerwGE 133, 347 (357 Rn. 22); BayVGH, Urt. v. 22.11.1991 – 23 B 90.2199 – BeckRS 1991, 09532; OVG NRW, Urt. v. 22.6.1982 – 18 A 1855/81 – NVwZ 1983, 55; VG Köln, Urt. v. 30.3.1989 – 15 K 3633/87 – juris Rn. 22; BGH, Urt. v. 19.6.1998 – V ZR 43/97 – NJW 1998, 3055 (3055 f.); Urt. v. 4.2.2004 – XII ZR 301/01 – BGHZ 158, 19 (22); Urt. v. 14.1.2010 – IX ZR 50/07 – NVwZ-RR 2010, 372 (373); BAG, Urt. v. 2.3.2006 – 2 AZR 46/05 – BAGE 117, 168 (173 Rn. 17 f.); Maurer/Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, §10 Rn. 20; Stettner, Grundfragen einer Kompetenzlehre, 1983, S. 317; Kirchhof, NJW 1985, 2977 (2983); Kahl, JURA 2001, 505 (506); Rebler, BayVBl. 2017, 81 (82); Rebler, DVBl. 2017, 1279. Unter Zugrundelegung des Begriffs der "Verbindlichkeit" Ipsen, Verw 17 (1984), 169 (176).

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Vgl. Schmidt-Aβmann, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, 2004, S. 337: "Der Verwaltungsakt […] schafft einen Tatbestand, an den Folgeregelungen verläßlich anknüpfen können."

<sup>10</sup> Vgl. dazu BFH, Urt. v. 15.4.2015 – VIII R 1/13 – wistra 2015, 479 (481 Rn. 47).

der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im Abgabenverwaltungsverfahren,<sup>11</sup> im Sozialverwaltungsverfahren<sup>12</sup> und gegenüber den Arbeitsgerichten.<sup>13</sup> Der Themenkreis interföderaler Verwaltungsakte in der Bundesrepublik Deutschland betrifft Grundfragen des Bundesstaats und ist deshalb aufgrund der grundlegend anders gelagerten Argumentationsmuster auszuklammern.<sup>14</sup>

#### II. Forschungsbedarf und Untersuchungsziel

Die vorliegenden Monografien, die sich mit der Dogmatik der Bindungswirkungen von Verwaltungsakten beschäftigen, setzen verschiedene Schwerpunkte. Abhandlungen zur Bestandskraft von Verwaltungsakten thematisieren etwa die präjudiziellen Wirkungen bestandskräftiger Verwaltungsakte für nachfolgende Verwaltungsakte der Ausgangsbehörde. In Bereich der Behörden als Adressaten der Tatbestandswirkung gibt es Untersuchungen zur "Bindungswirkung" von Verwaltungsakten gegenüber Behörden ohne Unterscheidung zwischen Ausgangsbehörde und ressortfremder Behörde und ohne Abgrenzung zwischen Tatbestands- und Feststellungswirkung, 16 zur "Legalisierungswirkung" von Genehmigungen im Gefahrenabwehrrecht als möglichem Teilbereich der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten 17 oder auch zur interföderalen Wirkung von Landesverwaltungsakten im Bundesstaat. Gegenstand der Forschung war auch die Bindung der Gerichte an Verwaltungsakte, teilweise umfassend und unter Ein-

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Dazu und zu Versuchen einer Abgrenzung zur Feststellungswirkung BFH, Urt. v. 18.10.1988 – VII R 123/85 – BFHE 154, 446 (448); Urt. v. 18.7.1994 – X R 33/91 – BFHE 175, 294 (298); Urt. v. 15.6.1999 – VII R 3/97 – BFHE 189, 14 (19 ff.); Urt. v. 26.9.2007 – I R 43/06 – BFHE 219, 13 (15 f.); Urt. v. 30.6.2011 – V R 44/10 – BFHE 234, 504 (509 f. Rn. 22).

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Dazu und zur besonderen Terminologie einer sog. "Drittbindungswirkung" BSG, Urt. v. 11.11.1975 – 3 RK 73/74 – juris Rn. 12; Urt. v. 26.7.1979 – 8b RK 5/78 – juris Rn. 15; Urt. v. 15.9.1994 – 11 RAr 99/93 – juris Rn. 25; Urt. v. 29.11.1995 – 3 RK 25/94 – BSGE 77, 108 (114); Urt. v. 18.9.1997 – 11 RAr 85/96 – NZS 1998, 191 (192); Urt. v. 17.6.1999 – B 12 KR 27/98 R – juris Rn. 13; Urt. v. 13.12.2000 – B 6 KA 26/00 R – juris Rn. 22; Urt. v. 31.8.2005 – B 6 KA 68/04 R – BSGE 95, 94 (96 f. Rn. 6); Urt. v. 24.6.2008 – B 12 KR 29/07 R – juris Rn. 11 ff.; Urt. v. 17.6.2009 – B 6 KA 16/08 R – BSGE 103, 243 (251 Rn. 42); Urt. v. 8.9.2015 – B 1 KR 16/15 R – BSGE 119, 298 Rn. 22).

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Dazu BAG, Beschl. v. 22.9.1995 – 5 AZB 19/95 – juris Rn. 25 ff.; Urt. v. 18.7.2007 – 5 AZR 854/06 – NZA-RR 2008, 103 (105 Rn. 25); Urt. v. 14.9.2011 – 10 AZR 466/10 – NJOZ 2012, 688 (689 Rn. 17 ff.); Urt. v. 8.5.2018 – 9 AZR 531/17 – NJOZ 2019, 773 (775 Rn. 32 ff.).

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Dazu BVerfG, Beschl. v. 15.3.1960 – 2 BvG 1/57 – BVerfGE 11, 6 ff.; BVerwG, Urt. v. 4.10.1965 – VIII C 112.64 – BVerwGE 22, 117 (125 ff.); *Kirchhof*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 83 Rn. 53; *Ipsen*, DÖV 1956, 193 (197); *Kopp/Kopp*, BayVBl. 1994, 229 (230); *Oldiges*, DÖV 1989, 873 (874, 879 f.); *Starski*, Der interföderale Verwaltungsakt, 2014, passim, insbesondere S. 64.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Braun, Die präjudizielle Wirkung, 1981.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Seibert, Bindungswirkung, 1989; insoweit enger in Bezug auf gestufte Verwaltungsverfahren *Becker*, Bindungswirkung, 1997.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Hilger, Legalisierungswirkung, 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Starski, Der interföderale Verwaltungsakt, 2014.

4 Einleitung

schluss der Wirkungen gerichtlicher Entscheidungen,<sup>19</sup> teilweise beschränkt auf die Bindung des Zivilrichters<sup>20</sup> oder des Strafrichters.<sup>21</sup> Eine Monografie, welche die Rechtswirkungen von Verwaltungsakten in verschiedenen Rechtsgebieten und Teilrechtsordnungen übergreifend analysiert, findet sich nur im Hinblick auf einen bestimmten Typ von Verwaltungsakt, die behördliche Genehmigung.<sup>22</sup> Eine übergreifende Darstellung, die sich insbesondere zur Aufgabe macht, die Tatbestands- und Feststellungswirkung von Verwaltungsakten voneinander abzugrenzen und die in verschiedenen Teilrechtsordnungen geführten separaten Diskurse zu einer allgemeinen Dogmatik der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten zusammenzuführen und dabei das Institut der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten zu schärfen, fehlt bisher<sup>23</sup> und soll mit der vorliegenden Arbeit in Angriff genommen werden. Dazu kommt eine rechtsvergleichende Perspektive zwischen dem deutschen und dem europäischen Verwaltungsrecht, die bislang in monografischer Form gleichfalls noch nicht eingenommen wurde (dazu sogleich B.).

## B. Die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im europäischen Verwaltungsrecht

#### I. Untersuchungsgegenstand

Gegenstand der Untersuchung der transnationalen Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten ist eine grenzüberschreitende Bindung von Behörden und Gerichten anderer Mitgliedstaaten an Verwaltungsakte.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Nicklisch, Bindung der Gerichte, 1965.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Insoweit mit einem umfassenden Ansatz *Jesch*, Die Bindung des Zivilrichters, 1956. Auf den Bereich kartellbehördlicher Verwaltungsakte beschränken sich etwa *Dohrn*, Die Bindungswirkung kartellrechtlicher Entscheidungen, 2010; *Imgrund*, Die Bindung der deutschen Zivilgerichte an Beschlüsse, 2011; *Wiegandt*, Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Umfassend *Heghmanns*, Grundzüge einer Dogmatik, 2000. Zur Bindung des Strafrichters an strafbewehrte Verwaltungsakte etwa *Gornik*, Die Strafbarkeit, 1971; *Arnhold*, Die Strafbewehrung, 1978; *Lagemann*, Der Ungehorsam, 1978. Zur Bindung des Strafrichters an strafbarkeitsausschließende Genehmigungen etwa *Hübenett*, Rechtswidrige behördliche Genehmigung, 1986; *Marx*, Behördliche Genehmigung, 1993; *Scheele*, Bindung des Strafrichters, 1993.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Sach, Genehmigung als Schutzschild, 1994.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Schröder, Genehmigungsverwaltungsrecht, 2016, S. 144: "Die Reichweite der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten ist [...] im Detail nach wie vor ungeklärt."

#### II. Forschungsbedarf und Untersuchungsziel

Bisher wurden die Begriffe der Transnationalität und des transnationalen Verwaltungsaktes vornehmlich aus der Perspektive der Verwaltungskooperation im europäischen Verwaltungsverbund analysiert und in das System des Verwaltungsvollzugs im Mehrebenensystem dogmatisch eingeordnet.<sup>24</sup> Der Begriff der Tatbestandswirkung wird in der Diskussion allenfalls am Rande erwähnt.<sup>25</sup> Die vorliegende Untersuchung richtet den Fokus nicht auf die dogmatische Ausdifferenzierung der Vollzugsmodelle, sondern das Institut einer transnationalen Tatbestandswirkung im europäischen Verwaltungsrecht.

## C. Die Tatbestandswirkung von Beschlüssen im europäischen Verwaltungsrecht

Im Eigenverwaltungsrecht der Europäischen Union (EU) bilden Beschlüsse, sofern sie nach Art. 288 Abs. 4 Satz 2 AEUV adressatenbezogen und an ein Individuum gerichtet sind, eine mit nationalen Verwaltungsakten vergleichbare<sup>26</sup> Handlungsform der mit exekutiven Aufgaben betrauten Entscheidungsträger der Union. Beschlüsse sind nach Art. 288 Abs. 4 Satz 1 AEUV in allen ihren Teilen verbindlich.

#### I. Untersuchungsgegenstand

In Anlehnung an die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht und die transnationale Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten soll auch für den Bereich der Beschlüsse der Unionsorgane nach Art. 288 Abs. 4 AEUV nur die Verbindlichkeit gegenüber Behörden und Gerichten untersucht werden. Die Verbindlichkeit und Bestandskraft eines Beschlusses werden insoweit nur herangezogen, als sie die Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer möglichen Tatbestandswirkung von Beschlüssen zu verdeutlichen vermögen.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Grdl. *Sydow*, Verwaltungskooperation, 2004, S. 118 ff., der im Wesentlichen nach dem Einzelvollzugsmodell, dem Transnationalitätsmodell und dem Referenzentscheidungsmodell unterscheidet. Im Anschluss daran *Siegel*, Entscheidungsfindung im Verwaltungsverbund, 2009, S. 327 ff.; *Glaser*, Die Entwicklung, 2013, S. 554 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Ruffert, Verw 34 (2001), 453 (472); Hofmann, Rechtsschutz und Haftung im Europäischen Verwaltungsverbund, 2004, S. 50, 55; Sydow, Verwaltungskooperation, 2004, S. 149; Ohler, in: Terhechte, Verwaltungsrecht der Europäischen Union, § 9 Rn. 28; Glaser, Die Entwicklung, 2013, S. 555.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Nettesheim, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der EU, Art. 288 AEUV Rn. 174; Gundel, in: Frankfurter Kommentar, IV, Art. 288 AEUV Rn. 82.

6 Einleitung

#### II. Forschungsbedarf und Untersuchungsziel

Zu den Rechtswirkungen von Beschlüssen der Unionsorgane gegenüber Behörden und Gerichten im Vergleich zu solchen Rechtswirkungen von Verwaltungsakten deutscher Behörden liegt die Monographie von *Daniela Schroeder* vor, die sich auf diese Drittwirkungen hingegen nicht beschränkt, sondern die Bindungswirkungen von Verwaltungsakten und Beschlüssen insgesamt untersucht.<sup>27</sup> Demgegenüber verspricht die vorliegende Untersuchung mit der Konzentration gerade auf die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten und Beschlüssen als Teilaspekt der Bindungsproblematik einen dogmatischen Mehrwert durch Vertiefung dieser Problematik, die von *Schroeder* vergleichsweise knapp behandelt wird.<sup>28</sup> Zudem ist inzwischen neue europäische Rechtsprechung ergangen, die möglicherweise neue Erkenntnisse zu den Rechtswirkungen von Beschlüssen der Unionsorgane zu Tage fördern wird.<sup>29</sup>

#### D. Rechtsvergleichendes Untersuchungsziel

Übergeordnetes Ziel dieser Untersuchung ist es, die zeitliche und sachliche Reichweite der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten und Beschlüssen im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht *vergleichend* zu erfassen. Dabei soll aus einer horizontal rechtsvergleichenden Perspektive die Tatbestandswirkung in verschiedenen Rechtsgebieten der nationalen und unionalen Rechtsordnung sowie aus einer vertikal rechtsvergleichenden Perspektive die Tatbestandswirkung im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede überprüft werden.

### E. Gang der Untersuchung

Im 1. Teil wird der Untersuchungsgegenstand begrifflich eingegrenzt. Im Hinblick auf das deutsche Verwaltungsrecht erfolgt in Kapitel 1 insbesondere eine Abgrenzung des Begriffs der Tatbestandswirkung von verwandten Begriffen aus der Dogmatik der Bindungswirkungen von Verwaltungsakten – etwa der "materiellen Rechtskraft", der "materiellen Bestandskraft" und der "Feststellungswirkung". In Kapitel 2 wird im Hinblick auf das europäische Verwaltungsrecht versucht, das Institut der Tatbestandswirkung behutsam auf transnationale Ver-

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Zum Rechtsakt der Entscheidung nach Art. 249 EG als Vorläufer des adressatenbezogenen Beschlusses *Schroeder*, Bindungswirkungen, 2006.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Schroeder, Bindungswirkungen, 2006, S. 280 ff., 306 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Vgl. EuGH, Urt. v. 21.11.2013 – Rs. C-284/12 (Deutsche Lufthansa), ECLI:EU:C: 2013:755.

waltungsakte sowie den Rechtsakt des Beschlusses nach Art. 288 Abs. 4 AEUV zu übertragen.

Der 2. Teil widmet sich umfassend der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht. Kapitel 3 legt die allgemeinen dogmatischen Grundlagen der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten anhand verfassungsrechtlicher Erwägungen und bestimmt ihre sachlichen Voraussetzungen einschließlich ihres subjektiven und objektiven Umfangs und ihre Rechtsfolgen. Die folgenden Kapitel untersuchen einzelne Adressaten der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten in der deutschen Rechtsordnung: Kapitel 4 die ressortfremden Behörden und Kapitel 5 die Gerichte. Hierbei werden Auswirkungen der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im Verwaltungs-, Privat- und Strafrecht deutlich. Dieser Teil der Analyse bietet eine horizontal rechtsvergleichende Perspektive, mit der verschiedene Rechtsgebiete der nationalen Rechtsordnung erfasst werden.

Der 3. Teil untersucht die Grundsätze der transnationalen Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im europäischen Unionsrecht. Kapitel 6 beleuchtet dabei die Grundlagen, Kapitel 7 einzelne ausgewählte Referenzgebiete.

Der 4. Teil behandelt das EU-Eigenverwaltungsrecht und setzt sich mit der Tatbestandswirkung der Beschlüsse nach Art. 288 Abs. 4 AEUV auseinander. Hier wird die Untersuchung angereichert durch eine vertikal rechtsvergleichende Perspektive zwischen der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten im deutschen Verwaltungsrecht und von Beschlüssen im europäischen Verwaltungsrecht. Kapitel 8 untersucht die Grundlagen einer Tatbestandswirkung von Beschlüssen. Kapitel 9 widmet sich den nationalen Behörden und exekutiven Entscheidungsträgern der EU als Adressaten der Tatbestandswirkung, Kapitel 10 den nationalen Gerichten und den Unionsgerichten.

Im Schlussteil folgt ein Rechtsvergleich der Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten, transnationalen Verwaltungsakten und Beschlüssen im Hinblick auf ihre Voraussetzungen, Rechtsfolgen und rechtliche Begründung.

### 1. Teil

## Begriffsbestimmungen

#### Kapitel 1

### Tatbestandswirkung im deutschen Verwaltungsrecht

#### A. Die Wirksamkeit von Verwaltungsakten

Der Verwaltungsakt wird im deutschen Verwaltungsrecht nach § 43 Abs. 1 VwVfG¹ gegenüber demjenigen, für den er bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, in dem Zeitpunkt wirksam, in dem er ihm bekannt gegeben wird. Er wird und bleibt damit rechtlich existent und grundsätzlich verbindlich, solange und soweit er nicht zurückgenommen, widerrufen, anderweitig aufgehoben oder durch Zeitablauf oder auf andere Weise erledigt ist (§ 43 Abs. 2 VwVfG).² Nur ein nichtiger Verwaltungsakt ist unwirksam (§ 43 Abs. 3 VwVfG).³

#### I. Äußere Wirksamkeit

§43 Abs. 1 VwVfG kann entnommen werden, dass ein Verwaltungsakt erst mit seiner Bekanntgabe rechtlich existent wird, sprich sog. äußere Wirksamkeit erlangt. An diese äußere Wirksamkeit knüpfen sich Aufhebungsverbote als Teil der Dogmatik der Bindungswirkungen von Verwaltungsakten.

#### II. Innere Wirksamkeit

Mit der äußeren Wirksamkeit als rechtlicher Existenz des Verwaltungsaktes treten regelmäßig auch seine intendierten Rechtswirkungen ein (sog. innere Wirksamkeit). Aus der inneren Wirksamkeit ergibt sich der Eintritt der materiellen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Gleiche gilt nach den Parallelvorschriften im Sozialverwaltungsverfahren und Abgabenverwaltungsverfahren, § 39 Abs. 1 SGB X und § 124 Abs. 1 AO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit soll im Folgenden nicht zwischen § 43 BVwVfG und den inhaltsgleichen Regelungen der Landesverwaltungsverfahrensgesetze unterschieden werden; vgl. zur Entwicklung eines faktisch bundeseinheitlichen Verwaltungsverfahrensrechts *Starski*, Der interföderale Verwaltungsakt, 2014, S. 49 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. auch § 39 Abs. 2 SGB X und § 124 Abs. 2 AO.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. auch § 39 Abs. 3 SGB X und § 124 Abs. 3 AO.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 546; Seibert, Bindungswirkung, 1989, S. 206.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Seibert, Bindungswirkung, 1989, S. 200; Becker, Bindungswirkung, 1997, S. 71.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Zur Unterscheidung zwischen Aufhebungs- und Abweichungsverboten sogleich unter 3.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Seibert, Bindungswirkung, 1989, S. 206; Becker, Bindungswirkung, 1997, S. 71.

Fettgedruckte Seitenzahlen markieren besonders hervorgehobene Fundstellen. Alle kursiv gesetzten Seitenzahlen betreffen Fundstellen in Fußnoten.

Ablehnungsbescheid 95-97 Abweichungsverbot 12, 13, 18, 22, 35, 224, 230, 242

- siehe auch Bestandskraft, materielle
- siehe auch Rechtskraft, materielle
- siehe auch Tatbestandswirkung
- bestandskraftabhängiges 242, 245-246, 251-252
- bestandskraftunabhängiges 70, 230, 251 - 252

Allgemeinwohl 169, 181

Altlasten 85

Amtshaftungsanspruch 113-117

Anerkennung, gegenseitige, siehe Anerkennungsgrundsatz

Anerkennungsgrundsatz 166-170, 178-181

Anerkennungspflicht, siehe Anerkennungsgrundsatz

Anfechtungslast 116-117, 119, 259

siehe auch Primärrechtsschutz

Arzneimittel 203-206, 231-233

Arzneimittelagentur, Europäische 232

Arzneimittelzulassung 203-206, 231-233

zentralisierte 231–233

Asylbescheid 212-213

Aufenthaltskarte 182, 201-202

- siehe auch Visum

Aufhebungsverbot 11, 13, 54

- siehe auch Bestandskraft, formelle
- siehe auch Rechtskraft, formelle

Auflage 160

Auflage, modifizierende 160

Aufnahmestaat 194-201

siehe auch Bestimmungsstaat Ausbildungsnachweise, siehe Diplome Ausfuhrgenehmigung 187-189

Auslieferung 179

Aussetzung des Verfahrens 77, 142, 242

Unionsrecht 242

Ausstellungsstaat 178-179, 194-201

siehe auch Herkunftsstaat

Baugenehmigung 81, 104

Beachtlichkeit, siehe Verbindlichkeit

Befolgungspflicht 127, 137, 139-141

siehe auch Gehorsamspflicht

Begründung 18, 21, 24-30

Behörden, ressortfremde 79

Beihilfe 229, 235-237, 244-245

Beihilfeaufsicht 225, 244-245

- Durchführungsverbot 244–245
- Eröffnungsbeschluss 245
- Negativbeschluss 244
- Positivbeschluss 244–245
- Vereinbarkeitsbeschluss 245

Beschluss 5-6, 44-46, 219-228

- Bestandskraft 46, 224
- Konkretisierungsfunktion 222-223
- Tatbestandswirkung 46, 223–227
- Verbindlichkeit 44–45, 220–223, 239

Beschluss, adressatenbezogener 219-220

Beschluss, individualgerichteter 219-

Beschluss, staatengerichteter 220, 225, 245

Bestandskraft 14, 17-19, 46, 54, 113-117, 222, 224

- Entwicklungsgeschichte 14
- subjektive Grenze 18, 22-23
- Beschlüsse 46, 222, 224

Bestandskraft, formelle 17, 54

Bestandskraft, gestufte 115-116 Bestandskraft, materielle 17-19 Bestimmtheitsgebot, siehe Gesetzlichkeitsprinzip

Bestimmungsstaat 167-172

siehe auch Aufnahmestaat

Betriebsplanzulassung 90, 100

Beurteilungsbericht 203-206

siehe auch Bewertungsbericht

Bewertungsbericht 191, 205

siehe auch Beurteilungsbericht

Bewilligung, siehe Genehmigung

Bewilligung, wasserrechtliche 105-106, 108

Bindung 18, 31–32

- siehe auch Bestandskraft, materielle
- Selbst~ 18

Bindungswirkung 18, 31–32

siehe auch Bestandskraft, materielle

Binnenmarkt 166, 167-169, 225

Biozidprodukt 208-210

Blankettstrafgesetz 132

Bußgeldbescheid 211

Chemikalienagentur, Europäische 234

Daueraufenthaltstitel 212 Diesel-Abgasskandal 108-109 Diplome 193-194 Dispensentscheidung 100-101 Divergenzbereinigungsverfahren 184, 191, 205

- Arzneimittelzulassung 205
- Organismen, genetisch veränderte

Drittbindungswirkung 22, 28, 31–32,

Dual-Use-Güter 187-188

Duldung 83, 144

Durchführungsbeschluss 205, 209, 232-234

Durchführungsverbot 244-245

Durchführungsverordnung 231

Eigenverwaltungsrecht 251 Eingriff, enteignender 118-121 Eingriff, enteignungsgleicher 118-121 Einheit der Rechtsordnung 57-61, 108 Einheit der Unionsrechtsordnung 226

Einheit der Verwaltung 64 Enteignung 118–121

Enteignungsentschädigung, siehe Enteig-

Entscheidung, siehe Beschluss

Entscheidung, zollbehördliche 42, 189

Entscheidung, zollrechtliche, siehe Entscheidung, zollbehördliche

Entscheidungserheblichkeit 73–75, 173

siehe auch Präjudizialität

Entscheidungsgegenstand 113-117, 120, 147–148, **252–253** 

- siehe auch Präjudizialität
- siehe auch Regelungsgehalt
- siehe auch Streitgegenstand

Entscheidungsgründe, siehe Begründung

Entscheidungsverbot 235-237

Erlassstaat 165, 170

siehe auch Herkunftsstaat

Erlaubnis, siehe Genehmigung

Eröffnungsbeschluss 245

Erstattungsanspruch, öffentlich-rechtlicher 99-100

Existenz, rechtliche 12, 17, 45

Unionsrecht 220–222

Fahrerlaubnis 199–200

Fehlerkalkül 40, 127

Fernwirkung 22

Feststellungswirkung 23–30, 75

- konkurrierender Genehmigungen 80-
- Baugenehmigung 104
- EG-Typgenehmigung 108–109
- kartellbehördliche Entscheidung 111-112

Flugsicherungsdienste 189

Freisetzungsgenehmigung 191–192

- siehe auch Organismen, genetisch veränderte

Freistellungsverordnung 240

Freizügigkeit 195, 198, 201-202, 211

- Bußgeldbescheide 211
- Drittstaatsangehörige 201–202

Fremdbindung, horizontale 56

siehe auch Fernbindung

Führerschein 182-183, 194-201

Gefahr, gemeinwohlwidrige 88-90

Gefahr, latente 90–91 Gefahr, unmittelbar drohende 88 Gefährdungsdelikt, abstraktes 130–131, 148

Gehorsamspflicht 139-141

siehe auch Befolgungspflicht

Geltung 51, 128

siehe auch Gültigkeit

Geltung, unionsweite 38, 42

siehe auch Gültigkeit, unionsweite
 Geltungsanordnung 51, 52, 56

Genehmigung 80

 Konkretisierungsfunktion 145–146, 147, 154

Konkurrenz von ~en 80−83

- Koordinierungsfunktion 153, 154

Legalisierungswirkung 83–95

- Nichtigkeit 144

- Rechtswidrigkeit 85-86

Regelungsgehalt 86–88, 160

Genehmigung, denkmalrechtliche 101 Genehmigung, immissionsschutzrechtliche 105, 107

Genehmigung, rechtfertigende 144–146 Genehmigung, tatbestandsausschließende 144–146

Gerechtigkeit, materielle 51, 61, 65–66, 154

Gesetzlichkeitsprinzip 132-133

- Analogieverbot 155

Wortlautgrenze 148–149, 156

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 128

Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 148

Gestaltungswirkung 29-30

Gesundheitsgefahr, siehe Gesundheitsrisiko

Gesundheitsrisiko 204–205, 207, 231–

Gewaltenteilung 64-65, 131-132

Grundfreiheiten 167-169

Grundrechtsschutz 134-136, 259-260

Grundsatz der loyalen Zusammenar-

beit 166, 176, **226–227**, 230, 240–242

Grundsatz gegenseitigen Vertrauens **176–181**, 205–206, 258–259

- Arzneimittelzulassung 205-206
- Pflanzenschutzmittel 208

Gültigkeit 52

siehe auch Geltung

Gültigkeit, unionsweite 232

siehe auch Geltung, unionsweite
 Gültigkeit, Vermutung der 220–222,
 223–224

siehe auch Rechtmäßigkeit, Vermutung der

Unionsrecht 220–222, 223–224

Haftbefehl, Europäischer 178-179

Harmonisierung 169-170

Hausfriedensbruch 138

Hausverbot 125, 138

Herkunftslandprinzip, *siehe* Herkunftsstaatsprinzip

Herkunftsstaat 184

Herkunftsstaatsprinzip 167–171, 176

Humanarzneimittel 203-206, 231-233

Humanarzneimittel, Ständiger Ausschuss 205, 232

Individualisierungsfunktion, *siehe* Konkretisierungsfunktion

Inexistenz, siehe Nichtakt

Informationsaustausch 196

Inter-Omnes-Wirkung 21

Investitionsschutz 93

Inzidentfeststellung 25-26, 72, 80, 82

Kartellbehörden 111-112, 230

Kassationsmonopol 171, 202

siehe auch Verwerfungsmonopol

Klarstellungsfunktion, *siehe* Konkretisierungsfunktion

Kollusion 183

Komitologieverfahren 192, 233, 234

Kompetenzordnung 62–64, 151–152, 257–258

Kompetenzordnung, unionale 170-171

Konkretisierungsfunktion 53, 56, 64,

128–129, 145–146, 147, 154, 222–223, 256

Konzession, siehe Genehmigung

Koordinationsfunktion, *siehe* Koordinierungsfunktion

Koordinierungsfunktion **63–64**, 153, 171, 257

Kulturgüter 187

233–234
Legalisierungswirkung 83–95
Legalität, materielle 95
Legitimation, demokratische 50–51
Legitimationspapier, vorläufiges 200

Lebensmittel, gentechnisch veränderte

Leistungsbescheid 99–100 Loyale Zusammenarbeit, *siehe* Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

Luftraum, Einheitlicher Europäischer 189

Mangel, systemischer 176–181, 208 Maßgeblichkeit, *siehe* Verbindlichkeit Mindestharmonisierung 169–170

Nachbarrecht 106–107 Negativbeschluss 244 Nichtakt 220–222 Nichtigkeitsfeststellungsklage 119 Nichtigkeitsklage 245–248 Normenkontrollverfahren 100–101 Normwiderspruch 59 Notstandsbefugnis 192

Obrigkeitsstaat, *siehe* Staatsautorität Ordre-Public-Vorbehalt *181* Organismen, genetisch veränderte 191– 192

Pflanzenschutzmittel 206–208 Planfeststellungsbeschluss 118–121

Sperrwirkung 120Positivbeschluss 244–245

Präjudizialität 13, 18, 74-75, 252-253

- siehe auch Präjudizwirkung
- siehe auch Streitgegenstand
- siehe auch Verfahrensgegenstand

Präjudizwirkung 31-32

siehe auch Präjudizialität

Primärrechtsschutz 116–117, 119

siehe auch Anfechtungslast

Privatrecht, derivatives 103-104

Raum der Freiheit und der Sicherheit des Rechts (RFSR) 166, 177 Rechtmäßigkeit, Vermutung der 41, 45,

**49–51**, 115, 126–127

- siehe auch Gültigkeit, Vermutung der

– Unionsrecht 177, 180 Rechtmäßigkeitskontrolle 255

Rechtsfolgenausspruch, siehe Regelungsgehalt

Rechtsfrieden 52, 54

siehe auch Rechtssicherheit

Rechtsgut 124, 128, 134

Rechtsgut, formalisiertes 138

Rechtsgüterschutz, materieller 129–131, 147–148, 154

Rechtsklarheit 56

Rechtskraft 13-16

Rechtskraft, formelle 13, 54

Rechtskraft, materielle 13, 67

Rechiskian, materiene 13, 07

Rechtsmissbrauch **153–157**, **181–183**, 198–199, 201, 210–211

- Anerkennungsgrundsatz 181–183
- Aufenthaltskarte 201
- Führerschein 198-199
- Genehmigung, strafausschließende 153–157
- Unionsbürgerschaft 210–211

Rechtsprechungsmonopol 67–68, 131, 152

Rechtsschutz, effektiver **66–67**, 112–113, 133–134, 141, **172–173**, 227, 243, 259

- Strafgerichte 133-134, 141
- Unionsrecht 172-173, 227, 243
- Zivilgerichte 112–113

Rechtssicherheit **51–55**, **56**, 59–64, 256–257

- Unionsrecht 222–223, 226, 239

Rechtsstaatsprinzip 51-52, 59, 62

- Unionsrecht 222-223

Rechtswidrigkeitsbegriff 58

Referenzentscheidungsmodell 38, 44, 175, 202–210

Referenzmitgliedstaat 175, 203-206

siehe auch Referenzentscheidungsmodell

Referenzzulassung 204

siehe auch Referenzentscheidungsmodell

Regelungsgehalt 18–19, 23–30, **70–73**, 86–88, 160

- Auslegung 71-73, 84-85
- Regelungsteil, feststellender 25–26, 80–83

 Regelungsteil, gestattender 25–26, 80–83

Regelungsinhalt, siehe Regelungsgehalt res iudicata, siehe Rechtskraft, materielle Richtervorlage 142

Richtlinie 174

Rückwirkungsfiktion 140, 158-159

Schadensersatzklage 246–248 Scharniernorm 74, 77, 142, 173–175, 252–253

Schutzklausel 175-176, 184, 232

- Arzneimittel 204–205, 232
- Biozidprodukte 209-210
- Lebensmittel, gentechnisch veränderte 233–234
- Organismen, genetisch veränderte 192
- Pflanzenschutzmittel 207–208
   Schutzmaßnahmen, vorläufige 233–234
   Selbstbindung 18, 80
- siehe auch Bestandskraft, materielle
   Solange, horizontales 172–173
   Sperrfrist 197

Staatsangehörigkeit 210–211

Staatsautorität 49-51, 129-131

Stabilisierungsfunktion, siehe Konkretisierungsfunktion

Stoffe, chemische 234–235

Strafaufhebungsgrund 140, 158

Strafausschließungsgrund 126

Strafverfahren 142-143

- Aussetzung 142
- Wiederaufnahme 143

Streitgegenstand 13, 16

- siehe auch Entscheidungsgegenstand

Tatbestandsausschluss 126
Tatbestandsmerkmal, normatives 126
Tatbestandsmerkmal, ungeschriebenes
137

Tatbestandswirkung 2, 20, 33-36

- Adressaten 253–254
- Grenzen 254-255
- im engeren Sinne 19-20, 33-35
- im weiteren Sinne 20-23, 35-36
- Kurzdefinition 2, 20
- objektive Reichweite 70–73
- subjektive Reichweite 70

Tatbestandswirkung, europäische, siehe Tatbestandswirkung, transnationale Tatbestandswirkung, grenzüberschreitende, siehe Tatbestandswirkung, transnationale

Tatbestandswirkung, transnationale 4–5, 37–44, 165–185

Teilgenehmigung 79-80

Territorialitätsprinzip 37–38, **171–172**, 184

Tierarzneimittel 203-206, 232-233

Transnationalität 38–39

- im engeren Sinne 42–43
- im weiteren Sinne 42-43, 44

Transnationalität, adressatenbezogene 39 Transnationalität, behördenbezogene 39 Transnationalität, wirkungsbezogene 38–39

Transnationalitätsmodell **38**, 42–44, 173–174, 187–202

Umsetzungsgesetz 174 Unabhängigkeit, richterliche 68, 131, 152

Unanfechtbarkeit **13, 17**, 69, 105, 118, 137

- siehe auch Bestandskraft, formelle
- siehe auch Rechtskraft, formelle

Unbefugtheit 144-146, 149-150

Ungehorsam, formeller 129-131

siehe auch Verwaltungsungehorsam

Unionsbürgerschaft 210-211

Unionsgerichtsbarkeit 223-224

Unionsrecht, Vorrang des ~s 225, 229 Unionsrechtswidrigkeit, offensichtliche

176

Unterlassungsanspruch, markenrechtlicher 109-110

Unterlassungsanspruch, wettbewerbsrechtlicher 109–110

Unterlassungsklage, vorbeugende 100 Unwirksamkeit, *siehe* Verwaltungsakt, nichtiger

Urteil 13-16

Urteil, verwaltungsgerichtliches 113–114, 119

Verbindlichkeit **12**, 13, 32, **44–45**, 49–55, 68–69, 251–252

siehe auch Wirksamkeit, innere
 Vereinbarkeitsbeschluss 245
 Verfahrensgegenstand 18
 Verhaltensnorm 148, 158–159
 Verleihung, siehe Genehmigung
 Versammlungsfreiheit 134–136
 Versicherungen 190
 Vertrauensschutz 51, 59–61, 63, 93, 156–157

Verursacherprinzip 92

Verwaltungsakt 1

- Aufhebbarkeit 126-127, 150
- Aufhebung, rückwirkende 139-141
- Begründung 18, 21, 24–30
- Bekanntgabe 52
- Bestandskraft, formelle 17, 54
- Bestandskraft, materielle 17-19
- Definition 1
- Feststellungswirkung 23–30
- Konkretisierungsfunktion 53, 56, 64, 128–129, 145–146, 147, 154
- Koordinierungsfunktion 63–64, 153
- Rechtsgrund 99-100
- Rechtsquelle 55-56
- Regelungsgehalt 18, 23, 24-30, 160
- Tatbestandswirkung 2, 19–23
- Verbindlichkeit 12, 13, 32

Verwaltungsakt, feststellender 26

Verwaltungsakt, antragsbedürftiger 72

Verwaltungsakt, nichtiger 12, 124, 144,

Verwaltungsakt, privatrechtsbindender 102–113

Verwaltungsakt, privatrechtsgestaltender 104–105

Verwaltungsakt, strafausschließender 121–123, 143–161

Verwaltungsakt, strafbewehrter 121–143 Verwaltungsakt, streitentscheidender *14* Verwaltungsakt, transnationaler 37–44

- Koordinierungsfunktion 171
- Suspendierung 175, 192
- Verbindlichkeit 165

Verwaltungsaktsakzessorietät **121–123**, 146, 150–151

siehe auch Verwaltungsakzessorietät
 Verwaltungsaktsakzessorietät, ex-treme
 157–158

Verwaltungsaktsakzessorietät, strenge 154

Verwaltungsakzessorietät 121–123

Verwaltungsgerichte 99–102

175, 202–210

- Verwaltungskooperation 37–44

   Referenzentscheidungsmodell 38, 44,
- Transnationalitätsmodell 38, 44, 173–174, 187–202

Verwaltungsrechtsakzessorietät 121–123, 146–147, 150–151

- siehe auch Verwaltungsakzessorietät

Verwaltungsungehorsam 138

siehe auch Ungehorsam, formeller

Verwaltungsverbund, Europäischer 166, 231

Verwaltungsverfahren 2, 17–18, **22–23**, 181

- Beteiligte 2, 17–18, 22–23

Verwaltungsverfahren, gestufte 79-80

Verwaltungsvollstreckung 127, 137

Verwerfungsmonopol 142, 223–224, 226

- siehe auch Kassationsmonopol
- Bundesverfassungsgericht 142
- Unionsgerichtsbarkeit 223-224, 226

Visum 182, 201–202

siehe auch Aufenthaltskarte

Vollharmonisierung 169–170

Vollstreckungsstaat 211

Vollziehbarkeit 136–137

Vollziehbarkeit, sofortige 69–70, 124–125

Vorabentscheidungsersuchen 227, 241–244, 252, 255–256

Vorbescheid 79-80

Vorfrage 18, 74–75, 75–76

- siehe auch Entscheidungserheblichkeit
- siehe auch Präjudizialität
- siehe auch Regelungsgehalt

Vorfragenkompetenz 75-76, 114

Wertungswiderspruch 59–60 Widerrechtlichkeit 138 Widerspruchsfreiheit **57–61**, 93, 108, 112, 150–151

der Rechtsordnung 57–61, 93, 108, 112, 150–151

staatlicher Einzelfallentscheidungen 60-61, 150-151, 156-157, 170
Widerspruchsverbot 13
siehe auch Abweichungsverbot
Wiederholungsverbot 13, 19
siehe auch Bestandskraft, materielle
siehe auch Rechtskraft, materielle
Wirksamkeit 11-12
Wirksamkeit, äußere 11, 52
Wirksamkeit, innere 11-12, 68-69

Zahlungsdienste 190
Zivilgerichte 102–121
Zulassungsbescheinigung 192–193
Zuständigkeit, internationale 170–171
Zuständigkeitsordnung, *siehe* Kompetenzordnung
Zuständigkeitsordnung, europäische, *siehe* Kompetenzordnung, unionale
Zuwiderhandlung 139–141